

## Pressemitteilung 184

### **Gewerbegebiet West V.2** **SPD begrüßt Umlegungsverfahren**

In der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll ein Umlegungsverfahren für die Grundstücke im zukünftigen Gewerbegebiet West V.2 beschlossen werden. Dazu gibt es eine entsprechende Magistratsvorlage. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion hat diese Vorlage jetzt ausdrücklich begrüßt.

Die Sozialdemokraten erhoffen sich davon, dass es dann endlich in absehbarer Zeit mit der Entwicklung dieses Gewerbegebietes, die schon seit Jahren ruht, weitergehen kann, zumal dies auch die Voraussetzung für den Wegfall des schienengleichen Bahnübergangs im Stadtteil Keramag-Falkenberg ist. Der Bau einer Bahnunterführung mit einer Erschließung des südlich der Bahn gelegenen Gewerbeflächen über eine Umfahrung des Stadtteils und damit dessen Verkehrsberuhigung kann nämlich nur über das neue Gewerbegebiet West V.2 erfolgen.

„Insbesondere die GALF und deren erste Stadträtin Renate Mohr haben in den vergangenen Jahren mit der grundsätzlichen Infragestellung des Gewerbegebietes, immer wieder neuen und gescheiterten Umplanungen sowie der ebenfalls von der ersten Stadträtin durchgesetzten und ergebnislosen Beauftragung eines Maklerbüros nur Zeitverzögerungen und Kosten verursacht. Noch in der letzten Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses hat Renate Mohr sich anders als von der mit der Grundstücksabwicklung beauftragten Hessischen Landgesellschaft empfohlen gegen ein Umlegungsverfahren für die Grundstücke ausgesprochen. Dass der Magistrat jetzt dennoch anders entschieden hat, lässt hoffen, dass es endlich mit dem Gewerbegebiet weiter geht“, erklärte die Vorsitzende der der SPD-Fraktion Melanie Ernst.

Mit einem Punkt der Beschlussvorlage sind die Sozialdemokraten allerdings nicht einverstanden. Entgegen dem bisher für den Grunderwerb festgesetzten Preis von 48,57 €/m<sup>2</sup> sollen den Eigentümern, die ihre Grundstücke bisher nicht verkauft haben, jetzt 60,00 €/m<sup>2</sup> angeboten werden. Es sei zu befürchten, dass zukünftig dann bei allen Grundstücksankäufen der Stadt die Eigentümer zunächst nicht zum Verkauf bereit seien, sondern darauf pokerten bei einer Weigerung später mehr Geld zu bekommen. Das könne nicht im Sinne der Stadt sein, weil damit städtische Bauvorhaben blockiert oder zumindest verzögert würden. Die ursprünglichen Preisangebote müssten deshalb dauerhaft Bestand haben, meint die SPD.